Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7146**

16. Wahlperiode 14. 11. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Jan Mücke, Patrick Döring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/5278 –

Mehr Park- und Stellplätze für Lkw auf Bundesautobahnen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, ihm einen Bericht über die Versorgung auf Bundesautobahnen mit Park- und Stellplätzen für Lkw zu geben; ihm zeitgleich ein Konzept vorzulegen, wie die bestehende und zunehmende Knappheit an Park- und Stellplätzen für Lkw auf deutschen Autobahnen beseitigt werden soll und die im Mittelfristzeitraum 2007 bis 2011 gegenüber der Planung sich ergebenden Mehreinnahmen aus der Lkw-Maut zweckgebunden für Investitionen in Bundesfernstraßen, insbesondere für den Ausbau von Park- und Stellplätzen für Lkw zu verwenden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/5278 abzulehnen.

Berlin, den 7. November 2007

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold Vorsitzender	**Renate Blank** Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Renate Blank

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5278** in seiner 108. Sitzung am 5. Juli 2007 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet vor allem die Forderungen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, ihm bis zum 14. September 2007 einen Bericht über die Versorgung auf Bundesautobahnen mit Park- und Stellplätzen für Lkw zu geben; ihm zeitgleich ein Konzept vorzulegen, wie die bestehende und zunehmende Knappheit an Park- und Stellplätzen für Lkw auf deutschen Autobahnen beseitigt werden soll und die im Mittelfristzeitraum 2007 bis 2011 gegenüber der Planung sich ergebenden Mehreinnahmen aus der Lkw-Maut zweckgebunden für Investitionen in Bundesfernstraßen, insbesondere für den Ausbau von Park- und Stellplätzen für Lkw zu verwenden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/5278 in seiner 68. Sitzung am 19. September 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 19. September 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 19. September 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 7. November 2007 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, es gebe bei Parklätzen für Lkw auf Autobahnen einen erheblichen Engpass. Dies liege daran, dass einerseits Parkplätze weggefallen seien und andererseits die Regelungen zu Lenk- und Ruhezeiten geändert worden seien. In Bezug auf solche Park- und Stellplätze für Lkw auf Autobahnen gebe es einen erheblichen Nachholbedarf. Sie bat die Bundesregierung, bis zum Frühjahr des nächsten Jahres einen Bericht vorzulegen, welcher Auskunft gebe, wo die Schwerpunkte des Mangels an Stellplätzen lägen. Zudem solle die Bundesregierung darlegen, welche Möglichkeiten gegeben seien, dass Private solche Stellplätze an Bundesautobahnen einrichteten. Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD strebten im Rahmen des Haushaltes 2008 eine Erhöhung der Mittel für Lkw-Stellplätze an Autobahnraststätten an, so dass der Antrag der Fraktion der FDP überholt sei.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass man im vergangenen Jahr das Programm zum Ausbau von Rastplätzen um zehn Jahre verlängert habe, in dessen Rahmen jährlich 250 Mio. Euro zur Verfügung gestellt würden. Für den nächsten Haushalt sei vorgesehen, zusätzlich weitere 80 Mio. Euro hierfür einzusetzen. Man müsse 2009 den Sachstand unter Berücksichtigung der dann maßgeblichen Steuerschätzung prüfen. Voraussetzung dafür, dass die zur Verfügung gestellten Mittel wirksam werden könnten, sei auch eine effiziente Koordinierung der entsprechenden Baumaßnahmen durch die Länder. Den in Montabaur durchgeführten Modellversuch zur Telematik begrüße sie, denn hier liege ein großes Optimierungspotenzial. Den Antrag lehne sie ab, da er zu dünn sei und er das bereits laufende Programm verkenne.

Die **Fraktion der FDP** bekundete, die von der Koalition eingeführten Regelungen zu Lenk- und Ruhezeiten bewirkten, dass sich ein Lkw-Fahrer in der aktuellen Situation häufig nur entscheiden könne, die Regelungen über Lenk- und Ruhezeiten oder Parkregelungen zu missachten. Die einmalige Bereitstellung von 80 Mio. Euro löse das Problem nicht und ersetze auch nicht die Entwicklung eines Konzepts sowie die Anpassung der mittelfristigen Finanzplanung. Lkw-Fahrer hätten ein Recht auf angemessene Rastplätze zur Einhaltung der Ruhezeiten. Die Forderung nach einem detaillierten Bericht der Bundesregierung zu der Problematik begrüße sie, dies löse aber das Problem nicht. Sie hoffe, dass die Koalitionsfraktionen nach der Vorlage des Berichts bereit seien, konkrete Schritte einzuleiten, mit welchen man die prekäre Situation entschärfen könne.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, der Antrag beschreibe den Mangel an Rastplätzen zutreffend. Es gebe akute Probleme für die Arbeitsbedingungen der Lkw-Fahrer und für die Verkehrssicherheit. Der Antrag greife aber in einigen Punkten zu kurz. Man benötige keinen aufwändigen Bericht, sondern eine Dringlichkeitsliste, wo die Probleme am akutesten seien, und sodann schnelle Abhilfe. Sie befürworte einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen, um das Problem mit der gebotenen Eile lösen zu können. Dies sei man den Lkw-Fahrern schuldig, welche teilweise auf den Standstreifen stehen müssten, um die Lenk- und Ruhezeiten einzuhalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, die Situation in Bezug auf die Rastplätze könne nicht so bleiben, wie sie derzeit sei. Es müsse schnell eine Lösung gefunden werden. Rastplätze seien überfüllt und Lkw parkten auf den Standstreifen, was zum Teil die Verkehrssicher-

heit erheblich beeinträchtige. Ein Lösungsansatz sei daher dringend erforderlich. Dies setze sicher auch Verbesserungen bei der Infrastruktur voraus. Die Bundesregierung solle aber auch die Möglichkeiten des telematischen Parkens stärker nutzen. Mit moderner Technik könne man die vorhandenen Stellplätze besser ausnutzen. Der Antrag sei grundsätzlich zu unterstützen, er enthalte aber auch Elemente, die man nicht mittragen könne, so dass man sich enthalten werde. Die Forderung nach einem Bericht der Bundesregierung unterstütze man.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 16/5728 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Berlin, den 7. November 2007

Renate Blank
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333